



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24884 - 23

Fernschreiber 5546890

2/XII/279 - 8. Dezember 1957

Hinweise

auf den Inhalt:

Keine Bundestagsdebatte über NATO-Tagung	S. 1
Nach dem London-Besuch Brentanos	S. 2
Das Dilemma der USA-Führung	S. 3
Haushaltsplan 1958 mit Spätzündung	S. 3
Abschied von Friedrich Stampfer	S. 7

Sie wollen nicht !

sp- Die Vertreter der CDU/CSU im Ältestenrat haben den sozialdemokratischen, von der FDP unterstützten Antrag auf Einberufung einer Bundestagssitzung zur Klärung des deutschen Standpunktes bei der kommenden Pariser NATO-Tagung abgelehnt. Die Begründung der Regierungsparteien für dieses "Nein" ist vage. Die Regierung habe - so sagt man - ihre Auffassungen anlässlich der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung hinreichend erläutert; es bestehe kein Anlass, die damaligen Darlegungen zu wiederholen.

Das heisst mit anderen Worten: Die Regierung will weiterhin die grosse Problematik der Ost-West-Spannungen unter dem Vorzeichen militärischer Überlegungen gesehen wissen und keinen politischen Beitrag zur notwendigen Entspannung leisten. Sie will sich ganz offenbar die Hände für die Beteiligung auch an atomaren Wettrüsten freihalten und ist nicht einmal bereit, über andere Möglichkeiten zu diskutieren.

Der Inhalt eines demokratischen Staates wird mit von dem Willen der Regierung und der Opposition bestimmt, vor dem Forum der Öffentlichkeit, besonders in kritischen Situationen, das Für und Wider einer bestimmten Politik darzustellen. Eine Regierung, die sich dieser Verpflichtung entzieht, verstösst sich an den Prinzipien der Demokratie.

Nach dem "Nein" der Regierungsparteien stellt sich die Frage, ob die Regierung Adenauer vor unserem Volk etwas verbergen will. Will sie verheimlichen, welche weiteren Rüstungsabsichten sie hat? Befürchtet sie, dass unser Volk bei einer von der Opposition im Parlament erzwungenen Offenlegung ihrer Politik das Grauen packt? Oder hat diese Regierung Furcht zu dem längst fälligen Eingeständnis, dass die Sicherheit unseres Volkes im Zeitalter der A- und H-Bomben sowie der ferngesteuerten Raketen nicht mehr mit ausschliesslich militärischen Mitteln gewährleistet werden kann? Fürchtet sie die Bankrotterklärung ihrer sogenannten Wiedervereinigungspolitik?

Die Mehrheit des Bundestages verweigert der Sozialdemokratie die offene Aussprache über die Politik der Regierung. Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, dass unser Volk trotzdem die Konsequenzen der Politik Adenauers kennenlernt.

+ + +

- 2 -

In alten Geleisen

sp - Als ein Ideenreger hat sich der Bundesrepublikanische Außenminister von Brentano während seines Londoner Zwei-Tage-Aufenthaltes nicht betätigt. Der Wortlaut des Kommuniqués enthält - seine Verfasser müssen sich schon diesen Vorwurf gefallen lassen - Plattheiten, die nichts besagen und aussagen. Aufschlussreicher ist schon, was von Brentano über die in Grossbritannien viel diskutierten, von der "Times" mehrfach gewürdigten Vorschläge des amerikanischen Russlandexperten Kennan äusserte. Sie verraten eine Einstellung, die erschreckend ist. Kennan ist immerhin ein Mann, den niemand, der ihn kennt, das Bewähren abspricht, über die Bahn des Allgewohnten hinauszudenken, der wohl wie kaum ein anderer von der Unfruchtbarkeit der gegenwärtigen Deutschlandpolitik der Westmächte zutiefst überzeugt ist und seine Gedanken einer Zukunft zuwendet, die heute und morgen Wirklichkeit werden muss, wenn wir alle zusammen überleben wollen. Was denkt nun Herr von Brentano über Kennan? Zwar spricht er ihm den "guten Willen" nicht ab, aber seine Ideen, so liess sich Herr von Brentano auf einer Londoner Presskonferenz vernommen, seien unrealistisch und nicht durchführbar. Bei seinen offiziellen Londoner Gesprächspartnern fand er damit gewiss keinen Widerspruch, denn es erhebt diese der Mühe, auf der bevorstehenden Pariser NATO-Konferenz in der Deutschlandfrage initiativ zu werden.

Das Kommuniqué stellt, einem alten Schema folgend, wiederum "volle Übereinstimmung" zwischen Bonn und London fest, es unterstreicht "die herzliche Atmosphäre" der Gespräche, verschweigt aber, in welchen Bereichen eine volle Übereinstimmung erzielt worden ist. Dass die britischen Gesprächspartner die heikle Frage der Stationierungskosten nur am Rande streiften, ist gewiss keine Überraschung. Auch ihnen war bekannt, dass die Amerikaner und die übrigen westlichen Vertragspartner der Bundesrepublik ähnliche Wünsche und Forderungen an Bonn haben und sie auf sichererem Grunde stehen, wenn sie ihr Verlangen im Rahmen eines offiziellen NATO-Beschlusses durchsetzen können.

Wie in Washington versuchte auch in London Herr von Brentano, die Briten zu einer Konsultationspflicht zu bewegen. Auch hier scheint er eine Abfuhr erhalten zu haben; auch für Grossbritannien ist keine Situation denkbar, die es veranlassen könnte, seine lebenswichtigen Interessen vor einem Bündnis zurückzustellen, das es nur als zweckbedingt ansieht. So hat es an Tunesien Waffen geliefert, weil Grossbritannien mit diesen Lieferungen Sympathien von Teilen der arabischen Welt zurückgewinnen wollte und will - ohne Rücksicht darauf, dass dadurch Frankreich, sein Bündnispartner, in eine mehr als heikle Lage geraten ist. Dies dürfte auch mit aller Wahrscheinlichkeit in der Zukunft der Fall sein.

Nach dem Kommuniqué wurde die für das deutsche Volk so bewegende Frage der Lieferung von Raketenwaffen und der Errichtung von Raketenbasen auf westdeutschem Boden in den Gesprächen nicht behandelt. Das mag sein. Dass sie aber im Hintergrund aller Erörterungen, die ja doch in Zeichen der kommenden NATO-Konferenz standen, sich befand, dürfte unbestritten sein. Darauf deutet schon der Hinweis von Brentanos hin, die Bundesregierung werde, wenn dieses Problem akut würde, keine Schwierigkeiten für die Errichtung solcher Basen machen. Das besagt mehr als alles andere, wohin trotz aller gegenteiligen Versicherungen die innersten Absichten der Bundesregierung zielen, und dies erklärt auch ihren Widerstand gegen die Abhaltung einer ausserpolitischen Debatte im Bundestag.

Zwei Präsidenten - oder gar keiner?

Von unserem Korrespondenten in USA

Ganz Amerika sucht Auswege aus der innerpolitischen und verfassungsrechtlichen Krise, in die die neuerliche Erkrankung des Präsidenten - ganz gleich wie mild oder ernst der Schlaganfall wirklich war - das Land erneut gestürzt hat. Da der Präsident der Vereinigten Staaten nicht automatisch, bei jeder vorübergehenden Abwesenheit oder Unpässlichkeit, durch den Vizepräsidenten vertreten werden kann, wie etwa im europäischen kollektiven Kabinettsystem gang und gäbe ist, stellt jedes Vakuum an der Spitze der amerikanischen Regierungshierarchie Land und Volk vor eine ganze Serie komplizierter Probleme. In der Vergangenheit ist das einige Male passiert, - aber in Washingtons verhältnismässig gelassenen Lebensrhythmus vor dem ersten Weltkrieg spielte es dann gewöhnlich keine grosse Rolle. Heute aber ist es anders: in den letzten zweieinhalb Jahren ist Präsident Eisenhower insgesamt dreimal aufs Krankenlager geworden und damit aus dem Regierungsbetrieb eliminiert worden - und keineswegs immer in gelassenen und ruhigen Zeitläufen.

In den nächsten Wochen muss der Budgetvoranschlag dem Kongress für das nächste Fiskaljahr vorgelegt werden, und vorher noch, in den ersten Januartagen, hat der Präsident seine alljährliche "Taronrede", d.h. sein Regierungsprogramm, dem Parlament vorzulegen. Zur Zeit wird also von allen ministeriellen Ressorts heftig um Budgetzuteilungen und Ausgabenposten gestritten, und angesichts der allgemeinen Empörung über das steckengebliebene Raketenprogramm der amerikanischen Regierung handelt es sich besonders darum, finanziell und organisatorisch diesen Forschungs- und Produktionszweigen den gehörigen Nachdruck zu verleihen, ohne die übrigen Sparten der Landesverteidigung zu vernachlässigen oder die Steuerzahler zusätzlich allzuhart zu belasten, - eine Aufgabe, die der Quadratur des Kreises gleichkommt und die nach amerikanischem Gesetz nun einmal nur vom Präsidenten und von niemandem sonst entschieden werden kann. Und endlich kommen noch die aussenpolitischen Fragen dazu, vor allem die Pariser Session des NATO-Rates, an der Eisenhower teilnehmen wollte (und immer noch hofft, von seinen Ärzten dazu die Erlaubnis zu bekommen) - und die naturgemäss viel von ihrer Bedeutung verlieren könnte, wenn Amerika nur durch Vizepräsident Nixon vertreten wäre.

Nixon in der Zwickmühle

Dieser ist zur Zeit in einer sonderbaren Zwickmühle. Nach den Buchstaben der Verfassung ist er der machtloseste Mann in Washington: seine Macht ist nur potentiell, d.h. besteht ausschliesslich erst in dem Augenblick, in dem das Amt des Präsidenten endgültig - und nicht vorübergehend! - frei wird, woraufhin er dann sogleich nachrückt. Man hat in den letzten Tagen viel darüber diskutiert, in Amerika und noch mehr im Ausland, ob wohl Eisenhower aus seinem geschwächten Gesundheitszustand die Konsequenzen ziehen und freiwillig seinen Rücktritt nehmen sollte: dann würde Nixon, jung, gesund, frisch, aktiv, Präsident werden, und der Zustand der Regierung vom Krankenzimmer aus wäre überwunden. Sprecher, die der Regierung nahestehen, etwa Sherman Adams und Eisenhowers Pressechef James Hagerty, lehnen freilich den Gedanken einer Abdankung rundweg ab. Wenn von dieser Seite her mit Pathos und Nachdruck versichert wird, dass eine Abdankung ausgeschlossen, undiskutabel und

unnötig sei, so lässt sich nicht verhindern, dass dennoch leichte Zweifel in der Öffentlichkeit zurückbleiben, - was der Behebung der zwangsläufig entstandenen inneren politischen Führungskrise nicht gerade gut tut.

Was denn soll also geschehen, wenn eine Wachtablösung Eisenhowers durch Nixon abgelehnt wird? Übrig bleibt doch dann eben nur, weil eine totale Wiedergesundung des 67 Jahre alten und leidenden Präsidenten wenig wahrscheinlich ist, die Möglichkeit der halben Notmassnahmen - allmähliche stärkere Heranziehung Nixons, z.B. in Kabinettsitzungen oder internationalen Konferenzen, und eine allmähliche Teilübertragung präsidentieller Vollmachten von Präsidenten auf ihn. Juristisch würde das ein Kuriosum ergeben, - ein amerikanischer Journalist prophezeite eine Lage ähnlich dem Regime der zwei Konsuln im alten Rom, die ja nebeneinander regierten: zwei amerikanische Präsidenten nebeneinander anstelle des verfassungsmässigen Einen. Aber vom Standpunkt der praktischen Politik aus gesehen, wäre das immer noch besser als das Vakuum ohne präsidentielle Führung.

Mann der Aktion

Ob Nixon selber sehr erfreut wäre, so gleichsam durch die Hintertür ins Weisses Haus einzuziehen, ist fraglich. Der noch junge Vizepräsident ist zweifellos ehrgeizig und hat wohl auch die republikanische Präsidentschaftskandidatur im nächsten Wahljahr (1960) ziemlich sicher in der Tasche; aber letzthin hat es mehrfach so ausgesehen, als ob er sucht, sich in der Öffentlichkeit von Eisenhowers Politik ein wenig zu distanzieren. Der ursprünglich sehr weit rechts stehende und zum rabiaten extremen Flügel seiner Partei zählende Politiker hat sich zwar gewandelt, und jedesmal, wenn er heute eine Erklärung abgibt, enthält sie ein Bekenntnis zu den gemässigt fortschrittlichen und international denkenden Prinzipien Eisenhowers: offenbar hat er sich, während er vom Politiker zum Staatsmann aufstieg, gleichzeitig ideenmässig etwas gemauert und von rechts zur Mitte bewegt.

Aber dennoch distanziert er sich heute von Eisenhower und dessen Politik: er ist der dynamische Mann der Aktion und liebt nicht die väterliche Haltung des Gehen-Lassens, die Eisenhower so oft an den Tag legt. Nixon war dafür, im Rassenkonflikt von Little Rock energischer zugunsten der farbigen Schüler durchzugreifen, Nixon war dafür, in der Sputnik-Krise eine Art nationalen Notstandes zu proklamieren und sich mit gesammelter Kraft in die Raketen- und Fernlenkwaffenproduktion zu stürzen; Nixon zweifelte an der Weisheit der Politik Dulles' gegenüber den arabischen Staaten und war für stärkere Unterstützung Israels; Nixon missbilligte die scharfe Haltung Eisenhowers gegen England und Frankreich voriges Jahr im Suezkanal-Konflikt. Und nun soll er, als "halber" Präsident mit halben Vollmachten, diese gleiche Politik mittragen helfen?

Es gibt also offensichtlich keinen Ausweg aus der amerikanischen Präsidentschaftskrise; ob ein Präsident, zwei oder gar keiner: eine leichte und bequeme Lösung bietet sich nirgend.

Sorgen um den Haushalt

FB. Von Tag zu Tag mehren sich die Stimmen, die den Haushaltsberatungen für den Etat 1958 mit grosser Sorge entgegensehen. In Normaljahren hätte zu dieser Zeit der Haushaltsplan-Entwurf der Bundesregierung bereits das Kabinett passiert und auch der Bundesrat hätte den ersten Durchlauf bereits beendet gehabt. Im günstigsten Falle wäre sogar schon die erste Lesung im Bundestage erledigt gewesen.

Anders in diesem Jahre. Der Wechsel im Bundesfinanzministerium aber auch die Unschlüssigkeit über die Meisterung der anstehenden finanziellen Probleme haben dazu geführt, dass zur Zeit der Bundesfinanzminister noch mitten in Ressortverhandlungen steht. Im günstigsten Falle wird das Kabinett Ende Januar 1958 den Entwurf verabschieden. Da der Bundesrat bei diesen Vorlagen mit Sicherheit die Drei-Wochen-Frist in Anspruch nehmen wird, steht also zu erwarten, dass dem Bundestag die Vorlage erst Ende Februar 1958 zugeleitet werden wird. Das Haushaltsjahr aber tritt am 1. April 1958 in Kraft. Nur unverbesserliche Optimisten können annehmen, dass bis dahin die Beratungen abgeschlossen sind. Im Gegenteil, man muss damit rechnen, dass man auf den neuen Haushalt bis zum Sommer warten muss.

Ein "guter" Rat

Zum Glück kann es diesmal kein Tauziehen um die Schuldfrage geben, denn diese Schuld liegt eindeutig bei der Bundesregierung. Sie, die an der Verzögerung die Schuld trägt, hat aber dem Parlament schon jetzt durch gewisse Kanäle den Ratschlag erteilt, wie man Zeit aufholen könnte. Der Haushaltsausschuss, so liessen diese Kreise aus dem Bundesfinanzministerium verleuten, brauche sich doch nicht mit den Einzelheiten des Etats zu befassen, er solle eben nur die grossen Posten bewilligen, dann spare man viel Zeit.

Der Haushaltsausschuss selbst hat sich offiziell zu diesen "Vorschlägen" noch nicht geäussert. Aber fest steht, dass er allein und

souverän seine Arbeitsweise bestimmen wird. Es ist kaum anzunehmen, dass er den Ratschlägen der Bundesregierung folgen wird. Er kann es nicht, denn der Etat - das lässt sich schon jetzt feststellen - sieht in so vielen Dingen grosse Veränderungen vor, dass eine eingehende Debatte dringend erforderlich ist. Im übrigen würde sich der Haushaltsausschuss und später das Parlament bei Annahme dieses "Ratschlages" eines der vornehmsten Rechte begeben, nämlich des Rechtes der Ausgaben-Kontrolle.

Die Haushaltsberatungen sind in der vergangenen Jahren ohnehin von gewissen Kreisen schon zur Genüge abgewertet worden. Während in anderen Ländern, vor allem in Grossbritannien, der Budget-Day der wichtigste Tag im Jahr ist, hat man im Bundestag oft den Eindruck, als wenn eine zweitrangige Vorlage behandelt wird, obwohl es in der Regel um Summen geht, die an der 40-Milliarden-DM-Grenze liegen.

"Im Detail steckt oft der Teufel"

Dieser Abwertungstendenz muss man energisch entgegenreten. Im übrigen würde es der Bundesregierung so passen, dass ihr finanzielles Treiben nicht mehr genau durchleuchtet wird. Es gibt gewisse viele Durchläuferposten, die jedes Jahr wiederkehren und über die man nicht viel Worte zu verlieren braucht. Aber es ist entscheidend wichtig, aufzuklären, wie beispielsweise der 9- oder 12-Milliarden-Etat des Verteidigungshaushaltes verwandt wird, was mit den Sozialausgaben geschieht usw. Hier ist Einzelberatung erforderlich, ja, sogar Detailkenntnis, denn im Detail steckt oft der Teufel.

Die Bundesregierung sollte deshalb nicht dem Parlament gute Ratschläge geben, sondern sie sollte sich selbst heilen. Wenn es zu den Verzögerungen gekommen ist, so liegt die Schuld einzig und allein bei ihr.

Abschied von Friedrich Stampfer

Aus Anlass der Beisetzung Friedrich Stampfers, des im Alter von 65 Jahren verstorbenen früheren Chefredakteurs des "Vorwärts", hielt der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer bei der Trauerfeier in Kronberg-Taunus folgende Ansprache:

Hochverehrte Trauerversammlung,
Liebe Frau Stampfer,
Liebe Freunde!

Mit Trauer und Schmerz nehmen wir heute Abschied von Friedrich Stampfer. Er ist so gestorben, wie er lebte. Sein letzter Weg am Sonntag-Morgen war an seinem Schreibtisch. Dann übermannte ihn die Schwäche. Der Tod nahm ihm die Feder aus der Hand. Am Montag-Morgen sahen wir in den Zeitungen neben der Todesnachricht seinen letzten Artikel: "Kannan hat recht". Plastisch und klar, in bestem Stampfer-Stil, skizzierte er die internationale Situation und unterstützte er die Vorschläge und Ideen des amerikanischen Politikers, die uns aus dem tödlichen Kreislauf des Verrückten und des Kalten Krieges herausführen sollen. Selten hat ein Mensch im Augenblick, da uns die Todesnachricht erreichte, so lebendig und deutlich vor unserem Auge gestanden wie Friedrich Stampfer. Gibt es eine bessere Erfüllung menschlichen Seins in unseren trüben Tagen? Könnte sich ein Mann, der so sehr mit Leib und Seele Journalist war, etwas Besseres wünschen, als an seinem Todestag noch einmal seine Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben für die Ideen der Freiheit und des Friedens, denen er sein Leben gewidmet hatte?

Wir, die Sozialdemokratische Partei, danken Friedrich Stampfer für sein ganzes Leben. 65 Jahre hat er als Sozialdemokrat gelebt und gewirkt. Vier Jahrzehnte hat er handelnd und mitgestaltend im Vordergrund des politischen Geschehens gestanden. Seine Lebenserinnerungen, die er uns glücklicherweise hinterliess, sind mehr als eine Biographie, sie sind ein blutvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und menschliche Ordnung für alle. Friedrich Stampfer war ein Kämpfer. Er hat selbst mit Stolz geschildert, wie er durch seine journalistische Tätigkeit eingriff in das politische Geschehen, wie er in dramatischen Stunden der Geschichte unseres Volkes das Wort fand, das die Menschen zur Stellungnahme zwang und wie ihn Psychosen und Vorurteile nicht hinderten, seine Meinung zu sagen. Wie kämpfte er vor allem in der Zeit der Emigration um Wahrheit und Recht gegen Hitler und die Unmenschlichkeit seines Systems. Aber der stärkste Impuls seines Wirkens in dieser Zeit war das Verlangen nach Gerechtigkeit für das deutsche Volk, für das Andere, das wahre Deutschland, das er liebte und an das er glaubte. Er

kannte weder blinden Hass noch blinde Liebe, aber er wusste um das Gute im Menschen und in den Völkern.

Nie hätte seine Stimme so ein Gewicht erhalten, wäre er nicht auch einer der grossen Journalisten seiner Zeit gewesen. Friedrich Stampfer gehört zu den Männern, die den Journalisten in den Stand der mitgestaltenden Politik gehoben haben. Viele Journalisten unserer heutigen Generation danken Friedrich Stampfer als ihrem Lehrer und ihrem Vorbild. Möge sein Beispiel lange über seinen Tod weiterwirken zum Segen und zum Nutzen der freien Meinungsbildung in der Demokratie.

Wir nehmen aber heute auch Abschied von dem Menschen und Freund Friedrich Stampfer; das ist vielleicht das Schwerste. Denn sein Werk bleibt, aber die Wärme der menschlichen Verbundenheit kann nun nur noch in der Erinnerung leben. Mehr als drei Jahrzehnte zurück geht diese persönliche Beziehung. Damals hat mich Friedrich Stampfer um einen Leitartikel für eine Festnummer des "Vorwärts". Das war für mich eine grosse Auszeichnung, aber als er auch noch fand, dass es ein guter Artikel sei, war ich stolz. Später haben wir viele Jahre, vor allem in der Emigration gemeinsam verlebt, und sie führten uns erst recht zusammen.

Friedrich Stampfers Rückkehr nach Deutschland im Jahre 1948 war ein politisches und menschliches Bekenntnis zugleich, vor dem wir uns nur Dankbarkeit verneigen können. So kommt es, dass in unserer Trauer und in unserem Schmerz ein Unterton des Stolzes und der Dankbarkeit mitklingt, dass er einer der unschönen und einer der grossen Menschen unserer Zeit ist.

In diesem Geist fühlen wir uns verbunden mit seinen Angehörigen, seiner Frau und seiner Tochter. Der Frau, der er nach seinem eigenen Zeugnis so viel verdankt, und der Tochter, die er so sehr geliebt hat. Liebe Frau Stampfer, wir danken Ihnen, und wir hoffen, dass Ihnen unsere Anteilnahme in dieser schweren Stunde Trost und Ermutigung sein möge. Unsere Freundschaft wird Sie auch weiterhin auf Ihrem Lebensweg begleiten.

Unserem Friedrich Stampfer aber als letzter Gruss ein herzliches Wort des Dankes für alles, was er uns gegeben hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel